

# Calmer Tagblatt

Nr. 140.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile M. 2.50. Reklamen M. 7.—. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Dienstag, den 20. Juni 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Lieferlohn M. 60.— vierteljährlich. Postbezugspreis M. 60.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Die Getreideumlage.

### Die Beratung im Reichstag.

Berlin, 19. Juni. Der Reichstag nahm heute zunächst den von allen Parteien gestellten Antrag, das aus Anlaß der Befreiung Schlesiens und der Abkündigung aus öffentlichen Mitteln angekauft bewegliche Material sicher zu stellen, in allen drei Lesungen ohne Debatte an und trat dann in die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Getreideumlage ein. Abg. Krätzig (Soz.) polemisierte scharf gegen den Landbund, der die Aufrechterhaltung des privaten Getreidemonopols im Profitinteresse der Agrarier proklamierte. Seine Partei sei bereit, über die von der Vorlage freigelassenen 5 Hektar hinaus alle Güter mit weniger als 10 Hektar von der Umlage freizulassen und beantrage eine Festsetzung der Umlage auf 4 1/2 Millionen statt auf 2 1/2 Millionen Tonnen. Abg. Dr. Rößler (D.M.) wandte sich gegen die Vorlage, da unter dem Zwang der Umlage der Landwirt nicht die Mittel zur Produktionssteigerung aufbringen könne. Die Umlage sei eine verschleierte Steuer für die Landwirtschaft. Die Regierung müsse andere Mittel zur Verbilligung des Brotes, das heute schon weite Kreise des Volkes nicht mehr bezahlen könnten, anwenden. Der Vorschlag seiner Partei, mit dem Handel zusammen eine Getreidereserve von 2 Millionen Tonnen für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, habe die Regierung abgelehnt. Seine Partei wieber lehne die Vorlage ab und überlasse die Verantwortung denjenigen, die die deutsche Wirtschaft gefährdeten. Abg. Horn (U. S. P.) verlangte von der Regierung Schutz gegen den Brotwucher, der seit Aufhebung der Zwangswirtschaft immer frecher aufgetrete, und stimmte schließlich der Vorlage zu, die das Mindestmaß an Forderungen enthalte. Die Weiterberatung wurde darauf auf morgen Nachmittag 2 Uhr vertagt.

### Die württ. Regierung und die Getreideumlage.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die württembergische Regierung hat nach eingehender Prüfung der Verhältnisse die Notwendigkeit einer Getreideumlage für das kommende Wirtschaftsjahr in der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Höhe von 2 1/2 Millionen Tonnen anerkannt und in diesem Sinne Instruktionen an die württembergische Vertretung beim Reichstag erteilt. Da die Vorlage im einzelnen aber neben untergeordneten Punkten hauptsächlich wegen des Württemberg angebotenen Umlagebolls, das gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung an 120 Prozent bedeutete, zu beanstanden war, wurde gleichzeitig die württembergische Vertretung beauftragt, vor der Sitzung des Reichstags von dem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bindende Zusicherung wegen Ermäßigung des Württemberg angebotenen Umlagebolls oder wenigstens wegen Erleichterung der Haftung zu erwirken. Für den Fall der Nichterteilung der verlangten Zusicherungen sollte sich die württembergische Vertretung die Ablehnung der Vorlage im Plenum des Reichstags vorbehalten. Der Herr Reichsminister hat bei der Besprechung, die erst kurz vor der Ausschlußberatung des Reichstags möglich war, die verlangten bindenden Zusicherungen nicht gegeben. In der Ausschlußberatung wurden sodann die württembergischen Anträge auf Ermäßigung des Württemberg zugebachten Umlagebolls abgelehnt. Da die Plenarsitzung im unmittelbaren Anschluß an die Ausschlußberatung stattfand, war die Einholung einer Instruktion über die nuncmehr bei der Gesamtabstimmung einzunehmende Haltung nicht mehr möglich. Nach Ablehnung der gestellten Anträge hat die württembergische Vertretung in der Plenarsitzung gegen die Vorlage gestimmt.

Berlin, 20. Juni. Wie die Blätter mitteilen, haben außer der sozialdemokratischen Fraktion sämtliche Reichstagsfraktionen gestern Abend Sitzungen abgehalten, in denen sie sich mit der von ihnen im Reichstagsauschuß einzunehmenden Haltung zur Getreideumlage beschäftigten. Laut „Berliner Tageblatt“ versucht man im Zentrum auf ein Kompromiß mit der Sozialdemokratie hinzuwirken. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ glauben, daß sich eine, wenn auch geringe Mehrheit für den Gesetzentwurf finden werde.

## Die Aussprache zwischen Poincaré und Lloyd George.

London, 20. Juni. Ministerpräsident Poincaré ist gestern Abend um 8 Uhr nach Paris zurückgekehrt.

Paris 20. Juni. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas berichtet über die Unterredung zwischen Poincaré und Lloyd George, daß sich die Aussprache der beiden Premierminister von der

Reparationsfrage der Frage der alliierten Schulden zugewandt habe. Sie hätten sich genötigt gesehen anzuerkennen, daß es unmöglich sei, dieses Problem in Angriff zu nehmen, so lange die Vereinigten Staaten abseits ständen und solange ihre Absicht nicht bekannt geworden sei.

London, 20. Juni. Das Reutersche Büro verbreitet folgenden Bericht zu der amtlichen Mitteilung über die Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré: Die britische Ansicht war, daß gegenwärtig der Augenblick schlecht gewählt sei, sich zu bemühen, den Beitrag der Verbindlichkeit Deutschlands endgültig festzusetzen, weil die Verhältnisse so ungewiß seien, daß jede jetzt gefällte Entscheidung später einen Streit herbeiführen könnte. Es wurde beschlossen, daß der nächste Schritt für die Reparationskommission darin bestehen solle, den wirklichen Zustand der deutschen Finanzen zu untersuchen und festzustellen, ob mit Hilfe einer auswärtigen Anleihe die deutsche Regierung irgend etwas tun könne, um in Deutschland durch Einschränkung der Ausgaben und Erhöhung der Steuern oder durch eine innere Anleihe das Gleichgewicht in seinem Haushalt, sowie seine Währung wieder herzustellen.

London, 19. Juni. Nach der Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré wurde amtlich bekannt gegeben, daß die Reparationskommission eine Untersuchung über die Mittel veranstalten werde, um die deutschen Finanzen in Ordnung zu bringen. Poincaré werde wahrscheinlich Ende Juli nach England zurückkehren, um den Kommissionsbericht zu erörtern. In der Zwischenzeit seien Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland nicht in Aussicht genommen.

London, 19. Juni. Die Abendpresse bezeichnet das von Lloyd George zu Ehren Poincarés in der Downingstreet gegebene Frühstück als das politische Ereignis des heutigen Tages. Alle Kabinettsmitglieder außer Lord Curzon nahmen daran teil. Barfour vertrat das Auswärtige Amt. Anwesend waren auch der französische Botschafter in London de St. Aulaire, Marshall Petain, Lord Derby und der britische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon.

## Zur auswärtigen Lage.

### Immer dieselben Tendenzlinien.

Berlin, 19. Juni. „Daily Telegraph“ veröffentlicht den amtlichen Wortlaut eines Entwurfs einer Triple-Allianz zwischen Deutschland, Rußland und der Regierung von Ankara, deren Inhalt ein militärisches Defensivabkommen sei. Diese Veröffentlichung beruht ebenso wie die frühere von einem deutsch-russischen Militärabkommen auf völlig freier Erfindung.

### Die deutsche Regierung und die Reparationsfrage.

Berlin, 19. Juni. Die Reichsregierung beschäftigte sich gestern Nachmittag in einer Kabinettsitzung mit der bei den Verhandlungen mit dem Garantiekomitee einzuschlagenden Marschroute. — Mehrere Blätter schreiben, daß die Regierung entscheidendes Gewicht darauf lege, daß bei der Kontrolle des Haushalts durch das Garantiekomitee die Steuerhoheit des Reiches unangefastet bleibe und daß auch das Steuergeheimnis der einzelnen Staatsbürger gewahrt werde. Das letztere entspreche einem internationalen Rechtsgrundsatz, an dem sich gerade Frankreich immer gehalten habe. Was die Kapitalflucht anbelange, so habe die Regierung immer betont, daß allein durch deutsches Gesetz dieser Schaden nicht geheilt werden könne, sondern daß nur ein internationales Zusammenwirken Aussicht auf Erfolg haben werde. Das Garantiekomitee wird, den Blättern zufolge, heute beim Reichskanzler, beim Reichsminister des Außen und beim Reichsfinanzminister Höflichkeitsbesuche abstatten. Die eigentlichen Besprechungen der Reichsregierung mit dem Komitee dürften am Mittwoch beginnen.

### Um das deutsche Eigentum in Amerika.

Paris, 19. Juni. Der „New York Herald“ meldet aus Washington unter dem 18. Juni: Im Weißen Hause wurde zwischen dem Präsidenten Harding, dem Staatssekretär Hughes, dem Generalstaatsanwalt Daugherty und dem Treuhänder für das fremde Eigentum Miller eine Konferenz abgehalten, auf der die Verfügung über das in Amerika beschlagnahmte deutsche Eigentum und die Regelung amerikanischer Ansprüche gegenüber Deutschland verhandelt wurde. Es wurde beschlossen, die Befreiung betr. die Verfügung über das deutsche Eigentum im Werte von 357 Millionen Dollar, das noch von der amerikanischen Regierung verwahrt wird, zu beschleunigen. Das Blatt fügt hinzu, es heiße, man sei dafür gewesen, daß das Geld von

Personen mit bescheidenen Mitteln, das in Amerika angelegt worden sei, von der Regierung freigegeben werden sollte. — Also ganz so, wie es auch die Russen machen wollen, die deswegen so bekämpft werden.

### Deutschland und die Ukraine.

Berlin, 19. Juni. Mehreren Blättern zufolge hat der Reichskanzler gestern den ukrainischen Geschäftsträger Außen empfangen und mit ihm den Kapitalvertrag besprochen.

Laut „Berliner Lokalanzeiger“ ergab die Aussprache Uebereinstimmung darüber, daß sich aus der Ausdehnung des Vertrags auf die Ukraine keinerlei Schwierigkeiten ergeben würden. Auch über die Frage der 400 Millionen ukrainischen Geldes, die Deutschland von der früheren ukrainischen Regierung noch im Besitz hat, soll laut „Voss. Ztg.“ eine Einigung dahin erzielt worden sein, daß das Geld der ukrainischen Regierung zur Verfügung gestellt wird, während diese die Coalitionschäden, die bei der Räumung der Ukraine durch die deutschen Truppen entstanden sind, und die etwa 100 Millionen betragen, übernimmt.

### Die Räumungsformalitäten in Oberschlesien.

Berlin, 19. Juni. Gemäß dem Räumungsabkommen wurden die Eisenbahn, Post, die Telegraphen- und Fernsprechnetze gestern um 6 Uhr in polnische Oberschlesien den Polen übergeben. Die neue Zollgrenze tritt heute in Kraft. Heute vormittag fand in Kreuzburg und in Oberglogau der Flaggenwechsel statt. Damit sind diese Gebiete wieder unter deutsche Regierungsgewalt getreten. Die französischen Truppen sind heute vormittag aus Katowitz abgerollt.

Beuthen, 19. Juni. Die mit dem Präsidenten Calonder und Raedenbad für ihre Einführung als Präsidenten der gemischten Kommission und des Schiedsgerichts vereinbarten Zeitpunkte können nicht inne gehalten werden, da von der polnischen Regierung die Bevollmächtigten hierfür noch nicht ernannt werden sind. Bei den vorgestern getroffenen Vereinbarungen war ein Vertreter der polnischen Regierung anwesend.

### „Inter“-Nationale.

London, 18. Juni. Henderson eröffnete heute die Konferenz der 2. Internationale mit einer Ansprache, in der er ausführte, die Einigkeit der arbeitenden Klassen der Welt werde in mehreren Ländern durch die rote Internationale bedroht. Der Gegensatz zwischen den englischen Arbeitern und den russischen Kommunisten sei der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur. Die Kommunisten verachten die Freiheit der Rede, die Freiheit der Presse und die Freiheit der Wahlen. Solchen Angriffen auf die persönliche Freiheit werde die englische Arbeiterklasse stets Widerstand leisten. Gegenwärtig sei die Einigkeit unter den arbeitenden Klassen dringlich. Dennoch seien die arbeitenden Klassen niemals mehr gespalten gewesen, als gerade jetzt. Mit den gegenwärtig herrschenden Spaltungen unter ihnen würden sie als internationaler Faktor machtlos bleiben.

## Deutschland.

### Um die Landtagsauflösung in Sachsen.

Dresden, 19. Juni. In der Zeit vom 6. bis 9. ds. Mts. lagen in ganz Sachsen die Eintragungslisten zu einem Volksbegehren zur Herbeiführung des Volksentscheids über die Auflösung des Landtags auf. Um das Volksbegehren wirksam zu machen, muß gefällig ein Zehntel der bei der letzten Landtagswahl Wahlberechtigten ihre Namen in die aufgelegten Listen eintragen. Das eine Zehntel beträgt rund 297 000. Die Parteien der Linken hatten ihre Vertreter aufgefordert, sich nicht am Volksbegehren zu beteiligen und sich nicht in die Listen einzutragen. Nach dem bis heute abend vorliegenden Zählergebnis haben sich eingetragen: in Dresden von 407 000 Stimmberechtigten 115 000, in Plauen von 63 000 Stimmberechtigten 20 400, in Zittau von 20 500 Stimmberechtigten 6 710, in Chemnitz von 190 000 Stimmberechtigten 55 189.

### Die deutsche Fußballmeisterschaft unentschieden.

Berlin, 18. Juni. Die deutschen Kampfspiele haben heute Vormittag im Stadion mit den Hockey-, Rugby- und Kriketspiel begonnen. Das größte Interesse erregte das Entscheidungsspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft, in der sich der Hamburger Sportverein und der Erste Fußballklub Nürnberg gegenüberstanden. Trotz mehrfacher Spielverlängerung mußte bei Eintritt der Dunkelheit nach dreistündiger Spieldauer das Spiel mit 2:2 unentschieden abgebrochen werden. Es besteht die Möglichkeit, daß das Spiel am Montag fortgesetzt wird, doch sind die Beratungen hierüber noch im Gange.



en Reichsaufträgen, ...

zur Verringerung der ...

abt - Nagold.

ist die Eisenbahn ...

onberg - Calw nun ...

die Finanzperiode ...

1. Dezember 1869 ...

lufführung hat die ...

Schmieh. Schmieh eine ...

meinde war gekommen wer gehen konnte, ebenso waren die ...

Auf schiefer Ebene.

Roman von Johannes von Dewall. Die Gräfin zürnte der Oberjägermeisterin, daß sie Durch-

Soldaten im Weltkrieg nicht vergessen möglichen. Mit dem Ge-

Die Hundertjahrefeier der Landw. Hochschule.

(S.C.B.) Hohenheim, 19. Juni. Am gestrigen Sonntag und heutigen Montag feierte die Landw. Hochschule Hohenheim ihre

(S.C.B.) Hohenheim, 19. Juni. Die Festlichkeiten zu Ehren des 100jährigen Bestehens der Landw. Hochschule Hohenheim

Lied vom guten Kameraden wurde in freiem Gedemken ange-

Liebeszettel, 19. Juni. Man schreibt uns: Bei dem gestern in

(S.C.B.) Leonberg, 19. Juni. Das an der Stadtkirche ange-

(S.C.B.) Sindelfingen, 19. Juni. Mit 437 gegen 105 Stimmen

(S.C.B.) Göppingen, 19. Juni. In den letzten Wochen ist es

(S.C.B.) Bom Ries, 19. Juni. Bekanntlich ereignete sich vor

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

\* Der Dollar galt gestern 328,27 M., der Schweizer Frank n

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 19. Juni. Trotz der Devisenkurse stark

Druck und Verlag der W. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

ablefen. Sie war es gewesen, welche im Interesse ihrer hohen

Sie ließ sich auch nicht warnen durch frühere Erfahrungen,

„Teuerste Durchlaucht!“ rief sie — und wahrhaftig, sie hatte

und heiratete hernach doch meinen Oberjägermeister und bin die

Die Prinzessin sah sie an mit großen, ganz verwunderten

„O Gott, — o Gott!“ schluchzte das gutmütige Weib und

„Sehen Sie, — der Wahlendorfer, so ein schlauer und glatter

Hier folgte nun ein ganzes Register von Berichten über

